



ÖSTERREICHISCHE DENTISTENKAMMER

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

6/SN-216/ME

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

1014 WIEN I., KOHLMARKT 11
TELEFON 52 77 11, 52 33 42

H. J. J. J.

Datum: 21. FEB. 1986

Verteilt: 21. FEB. 1986

Groh

Nr.HR. Dr. Wü./Ho.....
Bei Antworten bitte anführen

Ihr Schreiben vom

11.12.1985

Ihr Zeichen

Datum

1986 02 20

Betrifft: Zahl 61.020/21-L/85
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
die Überlassung von Arbeitskräften ge-
regelt sowie das Arbeitsmarktförderungs-
gesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz
geändert wird.

Zu dem übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
die Überlassung von Arbeitskräften geregelt sowie das Ar-
beitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz
geändert wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz-AÜG), gestattet
sich die gefertigte Kammer nachfolgende Stellungnahme abzugeben.

Die in verschiedener Hinsicht bestehende Schlechterstellung
von Arbeitskräften, die durch gewerbliche Überlassung tätig
werden, war offensichtlich Anlaß, daß durch eine gesetzliche
Regelung diese Schlechterstellung verhindert werden soll.
Der vorliegende Gesetzentwurf geht aber über dieses Ziel weit
hinaus und sieht eine gesetzliche Regelung für jede Art von
Arbeitskräfteüberlassung vor.

Die Bemühungen, eine Schlechterstellung von Arbeitskräften
bei gewerblicher Überlassung zu verhindern, scheinen durchaus
berechtigt, wenn arbeits- und sozialrechtlicher Schutz von
Beschäftigten in arbeitnehmerähnlichen Verhältnissen mangeln

SCHREIBEN VOM 1986 02 20

BLATT 2

würde. Bei Freien Berufen erscheint eine gesetzliche Regelung nicht einzusehen, da sie keinen wirklichen Schutz der betreffenden Arbeitskraft bedeuten würde, sondern lediglich eine administrative Erschwernis sein würde. Der vorliegende Entwurf bedeutet nicht nur eine beträchtliche Arbeiterschwer-nis im gewerblichen Bereich, sondern auch in einer Reihe von Tätigkeitsbereichen freier Berufe bzw. deren gesetzlichen Standesvertretungen. Hilfspersonal, das eventuell in Kanzlei-gemeinschaften oder gemeinsam eingesetztes Hilfspersonal in Arztpraxen, Dentistenpraxen eingesetzt wird, genießt in allen Fällen auf Grund ihres Hauptdienstverhältnisses den vollen sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz auf Grund der bestehen- den Gesetze. Ein Eingreifen des Gesetzgebers erscheint daher in diesen Fällen keineswegs erforderlich, denn es würde ledig- lich den Ablauf der Arbeit durch die vorgesehene Regelung erschweren.

Es wird daher beantragt, den Geltungsbereich des Arbeitskräfte- überlassungsgesetzes auf die gewerbliche Überlassung von Ar- beitskräften einzuschränken. Die nichtgewerbliche Arbeitsüber- lassung sollte in den Ausnahmenkatalog des § 2 Abs.2 aufgenom- men werden, wobei sich die Ausnahme auf Tätigkeiten im Arbeits- bereich der Freien Berufe und ihrer jeweiligen Standesvertre- tungen im besonderen beziehen sollte. Im übrigen schließt sich die Kammer der Stellungnahme der Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs an.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme sind unmittelbar dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet worden.



Sipek
Dentist Kurt G. Sipek
Präsident